

BUNDESRAT

Bericht über die 384. Sitzung

Bonn, den 13. September 1972

Tagesordnung

Geschäftliche Mitteilungen	649 B
Zur Tagesordnung	649 C
Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes (Drucksache 494/72)	649 D
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG	650 A

Verzeichnis der Anwesenden**Vorsitz:**

Amtierender Präsident Schnur,
Minister des Innern des Saarlandes

Schriftführer:

Hellmann (Niedersachsen)

Baden-Württemberg:

Schiess, Innenminister

Bayern:

Dr. Heubl, Staatsminister für Bundesangelegenheiten

Dr. Huber, Staatsminister der Finanzen

Berlin:

Neubauer, Bürgermeister, Senator für Inneres

Grabert, Senator für Bundesangelegenheiten

Bremen:

Fröhlich, Senator für Inneres

Hamburg:

Frau Dr. Elsner, Senator, Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg

Hessen:

Bielefeld, Minister des Innern

Niedersachsen:

Hellmann, Minister für Bundesangelegenheiten

Lehners, Minister des Innern

Nordrhein-Westfalen:

Weyer, Innenminister

Dr. Posser, Justizminister

Prof. Dr. Halstenberg, Minister für Bundesangelegenheiten

Rheinland-Pfalz:

Schwarz, Minister des Innern

Saarland:

Schnur, Minister des Innern

Schleswig-Holstein:

Titzck, Innenminister

Von der Bundesregierung:

Genscher, Bundesminister des Innern

(A)

(C)

Stenographischer Bericht

384. Sitzung

Bonn, den 13. September 1972

Beginn: 17.35 Uhr

Amtierender Präsident Schnur: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 384. Sitzung des Bundesrates, zu der wir uns außerhalb aller in der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen heute aus besonderem Anlaß zusammengefunden haben. Der Herr Präsident ist durch die Wahrnehmung der Befugnisse des Herrn Bundespräsidenten verhindert, die heutige Sitzung zu leiten; auch die Herren Vizepräsidenten des Bundesrates sowie die übrigen Herren Regierungschefs der Länder können heute nicht anwesend sein. Unter Bezugnahme auf § 48 der Geschäftsordnung darf ich wohl Einstimmigkeit annehmen, daß nun das dienstälteste Mitglied des Hauses die Leitung der heutigen Sitzung übernimmt. Es wurde gesagt, ich sei das. Formell möchte ich aber fragen. Ich bin seit dem 4. März 1959 Mitglied des Bundesrates. Ist jemand hier, der länger Mitglied des Bundesrates ist?

(B)

(Heiterkeit. — Weyer: Das könnte bei mir der Fall sein!)

— Deshalb frage ich.

(Weyer: Ich bin seit 1954 Mitglied des Bundesrates, aber mit vierjähriger Unterbrechung!)

— Ich bin ohne Unterbrechung seit 1959 Mitglied des Bundesrates. Ich stelle also fest, daß ich das dienstälteste Mitglied bin und somit die Voraussetzung dafür gegeben ist, daß ich die Sitzung heute leiten darf.

Bevor wir in die Tagesordnung unserer Sitzung eintreten, habe ich Ihnen gemäß § 23 unserer Geschäftsordnung folgendes mitzuteilen.

Die **Regierung des Landes Baden-Württemberg** hat in ihrer Sitzung am 8. Juni 1972 beschlossen, Herrn Minister Eduard Adorno mit Wirkung vom 21. August 1972 zum Mitglied des Bundesrates und Frau Minister Annemarie Griesinger mit Wirkung vom 6. September 1972 zum stellvertretenden Mitglied des Bundesrates zu bestellen.

Die **Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen** hat in ihrer Sitzung am 12. September 1972 beschlos-

sen, Herrn Minister Professor Dr. Friedrich Halstenberg zum Mitglied des Bundesrates zu bestellen. Herr Minister Werner Figgen ist als Mitglied abberufen und zum stellvertretenden Mitglied bestellt worden. Herr Minister a. D. Dr. Dr. Josef Neuberger ist aus der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen und damit auch aus dem Bundesrat ausgeschieden. Ihm spreche ich den Dank des Hauses für die tatkräftige Mitarbeit in den Ausschüssen und im Plenum aus.

Die neuen Kollegen begrüße ich in diesem Hause recht herzlich und verbinde damit den Wunsch auf gute Zusammenarbeit.

Die vorläufige **Tagesordnung** für die heutige Sitzung sowie die Vorlage, deren Beratung vorgesehen ist, sind Ihnen erst heute morgen zugestellt worden. Ich gehe davon aus, daß der Behandlung des vorgesehenen Tagesordnungspunktes nicht widersprochen wird. — Das ist der Fall. Damit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung festgestellt worden. (D)

Punkt 1 der Tagesordnung:

Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes (Drucksache 494/72).

Das Wort hat zunächst der Vorsitzende des Ausschusses für Innere Angelegenheiten, Herr Innenminister Titzck, als Berichterstatter. Bitte sehr, Herr Kollege!

Titzck (Schleswig-Holstein), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Ausschuß für Innere Angelegenheiten hat sich mit der Vorlage der Bundesregierung heute nachmittag in einer außerordentlichen Sitzung befaßt. Der Ausschuß für Innere Angelegenheiten teilt die Meinung der Bundesregierung, nach der die **Wiedereinführung des Sichtvermerkzwanges gegenüber Libyen, Marokko und Tunesien** zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland geboten ist.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum deshalb, der Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung

(A) zur Durchführung des Ausländergesetzes zuzustimmen.

Amtierender Präsident Schnur: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wird das Wort sonst gewünscht? — Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben eben gehört, daß der Ausschuß einstimmig empfohlen hat, der Verordnung zuzustimmen. Wer diese Auffassung teilt, wer also zustimmt, den bitte ich um das Hand-

zeichen. — Danke sehr! Ist jemand dagegen? — Ent- (C) haltungen? — Keine.

Demnach hat der Bundesrat einstimmig **beschlossen**, der Verordnung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG **zuzustimmen**.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen nicht vor.

Ich schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 17.40 Uhr.)

Berichtigung

Es ist zu lesen:

383. Sitzung, Seite 610 A Zeile 13 statt „Dies ist die Minderheit.“: „Dies ist die Mehrheit.“

Im übrigen wurden Einsprüche gegen den Bericht über die 383. Sitzung nicht eingelegt; damit gilt der Bericht gemäß § 34 der Geschäftsordnung als genehmigt.

(B)

(D)